

erschint Dienstag, Donnerstag, Samstag und Sonntag mit der wöch. Beilage „Der Sonntagsgast“.

Bestellpreis für das Vierteljahr im Beleg n. Nachdruckvermerk Nr. 1.15, außerhalb Nr. 1.25.



# Aus den Tannen

Amtsblatt für  
Allgemeines Anzeiger  
von der  
Ingleich Amts- und Anzeigebblatt für Pfalzgrafenweiler.

Gegründet 1877.

Einrückungs-Gebühr bei einmaliger Einrückung 10 Pfg. die einseitige Zeile oder deren Raum; bei Wiederholungen entsprechender Rabatt.

Für Anzeigen mit Anstufverteilung oder Offertenannahme werden dem Auftraggeber 20 Pfg. berechnet.

Nr. 29. Man abonniert auswärts auf dieses Blatt bei den K. Postämtern und Postboten. Dienstag, den 19. Februar Bekanntmachungen aller Art finden die erfolgreichste Verbreitung. 1907.

## Bestellungen auf unsere Zeitung „Aus den Tannen“ für den Monat März können jetzt schon gemacht werden.

### Zur Reichstags-Eröffnung.

Der neue Reichstag, wie er aus den Wahlen vom 26. Januar und 5. Februar hervorgegangen ist, wird Dienstag vormittag um elf Uhr von unserem Kaiser im Weißen Saale des Berliner Schlosses eröffnet werden. Der Monarch hat sich persönlich die Thronrede verlesen, wenn die Volkvertretung zum ersten Male nach Neuwahlen zu ihrer Arbeit zusammentritt; auch bei dem Beginn der gewöhnlichen Sessionen im Laufe einer Gesetzgebungs-Periode ist dies häufig der Fall gewesen, und man braucht also an sich in der erwähnten Tatsache etwas Außerordentliches nicht zu erblicken. Wenn dem Inhalt der Rede in diesem Falle mit hoher Erwartung entgegenzusehen wird, so erklärt sich das aus dem Zusammenmarsch der kolonialfreundlichen bürgerlichen Parteien bei den Stichwahlen, aber es muß doch fraglich erscheinen, ob diese Erwartung in allen Punkten erfüllt werden kann. Im Namen der verbündeten Regierungen wird der Kaiser zweifellos seine Freude über das Wahlergebnis in herzlicher Weise ausdrücken, er wird daran auch die Hoffnung knüpfen, daß das gemeinsame Vorgehen bei den Wahlen auch zu gemeinsamer Arbeit unter einander und mit der Reichsregierung führen möge, aber namentlich kann ein künftiges Regierungs-Programm in allen Einzelheiten enthüllt werden. Im großen nationalen Zug sind wir einig, in Einzelheiten bleibt Klugheit und Vorsicht nötig, damit kein vorzeitiger Reif die junge Saat der Einigkeit zerbricht. Die Wahlen haben eine gute Lehre geboten, wie praktische Erfolge zu erringen sind; wir haben keinen größeren und berechtigteren Wunsch, als den, daß die Theorie nicht wieder in den Vordergrund treten möge. In dieser Beziehung wird es auch auf den Reichskanzler ankommen; mag Fürst Bülow stets der führenden Rolle eingedenk sein, die er mit dem 13. Dezember übernommen hat, und der Verpflichtungen, die gegenüber dem Reichstage und der deutschen bürgerlichen Wählerschaft daraus erwachsen. Geradeaus muß der Kurs sein!

Es ist eine knappe Spanne Zeit, die vom 13. Dez. dem Tage der Auflösung des alten Reichstages, bis zum 19. Februar, dem Termin des Zusammentritts der neugewählten Volkvertretung. Aber viel Schönes liegt darin, und das Beste von Allem war, daß wir doch einmal vom Neben zu Taten kamen. Es war ja beinahe zum Devoulaußen, wenn man hörte, was Alles in Deutschland menschenmöglich werden konnte, und da war es wirklich einmal eine Notwendigkeit, klipp und klar zu zeigen, was Wahrheit war. Das Wort von der „Reichsverdroffenheit“ klang vor dem 13. Dezember recht laut; mochte auch viel Uebertreibung dabei sein, das Wort lief überall um und es wird über unsere Grenzen hinweg ins Ausland getragen, nicht eben zu unserem Besten. Brauchen wir Niemanden zu fürchten, so liebt doch auch ein Starke keine able Nachrede, die die Händelucher ermuntert und aufhacht. Mit dem Geschwätz und den Zwischenträgereien ist ein Ende gemacht, es ist hell geworden über Deutschland, und nun wollen wir auch dafür sorgen, daß es hell bleibt, daß die deutschen Wähler, die an der Wahlurne ihre Schuldigkeit getan haben, nicht Steine statt Brod erhalten. Eine populäre Wahlklocht ist geschlagen, eine populäre Reichspolitik muß folgen!

In den letzten Tagen sind so einzelne Aeußerungen laut geworden, als ob bestimmte Persönlichkeiten einen Hauptanteil am Wahlergebnis hätten. Die „beiden Bernharde“ haben ihre Schuldigkeit getan, auch mancher andre Mann, aber wir wünschen, daß das deutsche Bürgertum sich das stolze Bewußtsein von Niemandem nehmen lasse, daß es allein gewagt hat, worauf es diesmal ankam, daß es für all die Millionen eine Ehrensache war, einen rechten Volks-Reichstag nach Berlin zu schicken. Diese Auffassung soll jeder Wähler sich wahren; allein aus dem Bewußtsein, was das politische Pflichtgefühl leisten kann, erwächst die Gewißheit, daß wir bei den nächsten Wahlen 1912 nicht wieder „umwerfen“ werden. Im Reichs-Ausbau ist noch recht viel zu tun, damit werden wir nicht in den fünf Jahren bis 1912 fertig. Und wir wollen auch darauf halten, den Reichstag zu erinnern, daß er in Zukunft weniger auf Gesetze sieht mit endlos vielen Paragrafen, als auf Gesetze mit einem zeltentsprechenden Inhalt. Das ist's, worauf es ankommt!

### Schiffahrtsabgaben.

In Mannheim fand am Samstag eine imposante Protestversammlung gegen die Wiedereinführung von Schiffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen, insbesondere auf dem Rhein, statt. Es waren gegen 400 Personen anwesend, größtenteils Vertreter von Handelskammern und größeren Städten, sowie Vertreter von Schiffahrt, Handel und Industrie. Der Präsident der Mannheimer Handelskammer, Geh. Kommerzienrat Venel, leitete in seiner Eröffnungsausprache mit, daß von einer größeren Anzahl von Handelskammern, Reichs- und Landtagsabgeordneten Zustimmungserklärungen eingelaufen seien und daß 23 Stadtverwaltungen, 24 Handelskammern und 4 wirtschaftliche Verbände sich an der Protestkundgebung beteiligten. Der erste Referent, Professor Laband-Strasbourg, sprach sich vom staatsrechtlichen Standpunkt entschieden dagegen aus, daß durch parikularistische Maßnahmen oder durch Vereinbarungen unter den Einzelstaaten die Schiffahrtsabgaben eingeführt würden. Sodann hielt Professor Dr. Gothein-Heidelberg einen Vortrag über Abgabefreiheit auf dem Rhein und die wirtschaftliche Entwicklung und Zukunft Süddeutschlands. Er führte aus, daß schwere Schädigungen der Volkswirtschaft des Oberrheins, Vernichtung der Reedereien und schwerste Bedrohung der Industrie die Folge der Schiffahrtsabgaben sein würden. Der Redner schlug eine Protesterklärung vor, in der seine Ausführungen und die des Prof. Laband zusammengefaßt und die verbündeten Regierungen dringend ersucht werden, dem Antrag auf Einführung von Schiffahrtsabgaben auf den natürlichen Wasserstraßen ihre Zustimmung zu versagen. Die Erklärung wurde einstimmig angenommen.

In einer Besprechung der Schiffahrtsabgaben kommt das Stuttgarter Neue Tagblatt darauf zu sprechen, wie sich das Vorgehen der preussischen Regierung mit ihrer handelsfreundlichen Gesinnung gegenüber den kleineren süddeutschen Bundesstaaten verhält und schreibt:

Die äußere Veranlassung, die Erhebung der Schiffahrtsabgaben auf dem Rhein so euerlich zu betreiben, war für die preussische Regierung das Gesetz über den „Stammkanal“ vom 1. April 1905, in dem es der agrarischen Richtung in Preußen gelungen war, einen ihrer größten Erfolge zu erzielen, einen Erfolg, der vielleicht noch eine tiefere Bedeutung hat als die Erhöhung des Getreidezolls. So lange nun die agrarische Herrschaft auf alle Bundesstaaten ungefähr gleichmäßig wirkt, liegt kein Grund vor, der preussischen Regierung besonders entgegenzutreten. Aber wenn, wie dies bei den Schiffahrtsabgaben der Fall ist, der agrarische Egoismus gleichbedeutend ist mit preussischem Partikularismus im abelsten Sinne, dann ist es nicht nur das gute Recht, sondern eine Pflicht der Selbsterhaltung für die süddeutschen Bundesstaaten, dem großen norddeutschen Völkchen die schärfste Opposition zu machen.

Es kann leider keinem Zweifel unterliegen, daß bei diesen modernen Stromjollen Baden, Bayern und vor allem Württemberg, die Hauptleidtragenden sein werden. Denn je weiter die Bestimmungslinie eines auf der Wasserstraße veranderten Guts von der Versandstation entfernt ist, umso größer ist die Zahl der Tonnenkilometer, die der Abgabe unterliegen; das ist eine so einfache wirtschaftliche Erwägung, daß kein Widerspruch dagegen möglich ist. Aber ebenso richtig ist die Tatsache, daß die Belastung für ein geringwertiges Massengut mit der steigenden Entfernung für Württemberg ganz unverhältnismäßig größer wird, als für den Mittel- und Niederrhein. Für Kohle z. B. beträgt die Entfernung für das Industriezentrum Aalen circa 90 Kilometer vom Ruhrgebiet, dagegen für Eßlingen circa 555 Kilometer (selbstverständlich würden die Abgaben auch auf dem geplanten Neckarkanal erhoben werden). Die Verteuerung der von der Ruhr bezogenen Kohle würde bei einer Abgabe von 0,04 Pfg. pro Tonnenkilometer für einen Baggon Kohle nach Eßlingen mindestens 2,50 Mark betragen, und dabei ist zu bedenken, daß es mit den Stromjollen wohl ebenso gehen würde, wie mit den Getreidezollen, die seit 1879 sich vervielfacht haben.

Die hochentwickelte württembergische Fertig- und Qualitätsindustrie kann aber nichts schwerer ertragen, als eine Verteuerung ihrer Rohmaterialien und ihres Halbfertigs, und die Grenze der Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den preussischen Industriebezirken wird durch solche Maßregeln noch enger gezogen. Indem wir dies ansprechen, dürfen wir wohl als bekannt voraussetzen, wie schwer es selbst

unseren größten, bestauntesten und bestgeleiteten Maschinenfabriken gegenüber dem rheinisch-westfälischen Wettbewerb wird, noch halbwegs annehmbare Gewinne zu erzielen, und daß dies oft ganz unmöglich wäre, wenn sie nicht manche Spezialitäten herstellen, die dem Gesamtertrag aufhelfen müssen. Wird die Konkurrenzfähigkeit der württembergischen Industrie durch Schiffahrtsabgaben geschwächt, so wird in absehbarer Zeit für sie die Notwendigkeit eintreten, von ihrem heutigen Sitz abzuwandern, und sich in der Nähe der Eisen- und Kohlenproduktionsgebiete anzusiedeln, ebenso wie wir heute manche Fabriken vor den hohen Böden in den neuen Handelsverträgen sich ins Ausland schieben sehen. Welche wirtschaftlichen und sozialen Folgen eine Abwanderung der württembergischen Industrie haben würde, braucht nicht weiter ausgeführt zu werden.

Alles das sind Verhältnisse, die die preussische Regierung kennt oder kennen muß. Und daß sie trotzdem mit allem Nachdruck für die Abgaben sich einsetzt, ist ein viel schlimmerer Partikularismus, als die den Süddeutschen so verhasste Abneigung gegen gewisse preussische Einrichtungen. Man sollte meinen, es sei für Preußen ein nobilis officium neidlos zuzusehen, wie sich auch die Kleinen, von der Natur weniger begünstigten Bundesbrüder unter schwierigen Verhältnissen in die Höhe arbeiten. Statt dessen die Schiffahrtsabgaben!

Und wie wenig bundesfreundlich ist die Art, wie die ganze Sache betrieben wird! Bayern wird durch die Angelegenheit der Mainkanalisation, die ihm am Herzen liegt, für die Schiffahrtsabgaben gewonnen. Von den Interessentengruppen, die von den Abgaben betroffen werden, wurde ein erheblicher Teil abgesprengt, indem der Stadt Köln die Erbauung eines Hafens für Seeschiffe zugesagt wurde. Dadurch gelodert, hat beispielsweise die Handelskammer Köln, die ursprünglich gegen die Schiffahrtsabgaben war, ihren Sinn geändert und sich grundfänglich für ihre Einführung ausgesprochen; und dies ist auch der Grund, warum wir das seltsame Schauspiel sehen, daß der Bund der Industriellen, Gruppe Niederrhein, für die Schiffahrtsabgaben eintritt, während derselbe Bund der Industriellen, Gruppe Süddeutschland, zu der Mannheimer Einigungsversammlung mit einlädt. Auf diese Weise kann Preußen im übrigen Deutschland keine Eroberungen machen, sondern höchstens Sympathien verlieren. Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten, Breitenbach, hat zwar vor wenigen Tagen im preussischen Landtag stolz erklärt, für die preussische Regierung sei die Rechtsfrage erledigt; allein er wird sich überzeugen müssen, daß das keineswegs der Fall ist. Zum mindesten ist man in Süddeutschland über die Rechtsfrage anderer Meinung. Es muß auch offen ausgesprochen werden, daß die preussische Regierung dadurch, daß sie die verkehrseindlichen Absichten der Agrarier um jeden Preis durchzusetzen sich bemüht, der Reichsidee einen schlechten Dienst erweist. Denn indem sie mithilfe, die Süddeutschen in wirtschaftliche Abhängigkeit von Preußen zu bringen, rührt sie an die tiefsten Wurzeln ihrer politischen Selbständigkeit, die eine der wesentlichen Grundlagen der Reichsverfassung ist.

### Tagespolitik.

Ueber die liberale Einigung sandte Pfarrer a. D. Raumann dem Verl. Tagebl. eine Zuschrift, worin er ausführt, es müsse versucht werden, daß die Abgeordneten der drei linksliberalen Parteien im Reichstag und in den Landtagen, insbesondere im preussischen Landtag von jetzt an als eine parlamentarische Fraktion aufzutreten und gemeinsame regelmäßige Beratungen einrichten. Es müsse in verschiedenen Landes-teilen im Sinne der Frankfurter Einigung das Einigungswerk überall dort formell vollzogen werden, wo die Einigung der Bestimmung bereits tatsächlich sich eingestellt habe.

Unter der Ueberschrift: „Eine Abhilfe Erzbergers“ veröffentlicht die Nationalzeitung folgende Zuschrift Erzbergers: „In meiner Broschüre „Warum ist der Reichstag aufgelöst worden?“ habe ich bei Erwähnung der kontinentalen Landgesellschaften ausgeführt, daß die Gründer einen erheblichen Betrag des Aktienkapitals dieser Gesellschaften in Form von Aktien in die eigene Tasche steckten, und gesagt, daß hinter solchen Gesellschaften ganz bekannte konservative und nationalliberale Männer ständen, die sich solche Riesengeschenke machen lassen. Ich habe unmittelbar im Zusammenhang damit mehrere Namen genannt

darnunter den früheren nationalliberalen Abgeordneten, Minister a. D. v. Müller. Ich erkläre hiermit, daß ich Herrn v. Müller hinsichtlich seiner Beteiligung an kolonialen Gesellschaften den Vorwurf irgend einer unlauteren, unerlaubten und nur im geringsten bedenklichen Handlungsweise nicht habe machen wollen und nicht machen kann, und daß ich den in meiner Broschüre etwa enthaltenen Vorwurf gegen Herrn v. Müller hiermit zur Aufnahme.

Reichstagsabgeordneter Erzberger wurde im Boeplan-Prozess wegen Zeugnisverweigerung verhaftet; der Haftbefehl wurde jedoch aufgehoben, nachdem er auf Ersuchen des Angeklagten seine Aussage machte. — Die Fortsetzung der Gerichtsverhandlung gegen den früheren Kolonialbeamten Boeplan brachte am Samstag die Vernehmung des Reichstagsabgeordneten Erzberger als Zeugen. Erzberger beharrte zwar zunächst auf seinem Standpunkt, daß Artikel 30 der Verfassung ihn berechtige, sein Zeugnis zu verweigern, und wollte von dieser Ueberzeugung auch nicht abgehen, als das Gericht bereits eine Ordnungstrafe und die Verhängung der Zeugniszwangshaft gegen ihn beschlossen hatte. Zur allgemeinen Verblüffung ließ aber Erzberger seinen Widerspruch sofort fallen, als der Angeklagte Boeplan sich bereit erklärte, ihn von der Pflicht der Verschwiegenheit zu befreien, obgleich der Präsident hervorhob, es existiere eine Pflicht zur Verschwiegenheit in diesem Falle überhaupt nicht. Der Abg. Erzberger glaubte, durch die Erklärung Böplands der Notwendigkeit, das Immunitätsrecht des Reichstages zu wahren, enthoben zu sein. Nach der Aussage beschloß der Gerichtshof: Die Verhängung einer Ordnungstrafe von 100 Mark wegen Zeugnisverweigerung gegen Erzberger bleibt bestehen, der Haftbefehl wird jedoch aufgehoben. Erzberger wird nicht verurteilt, weil er der Teilnahme an den hier in Rede stehenden Straftaten verdächtig ist. (Zur Rechtsfrage sei noch bemerkt, daß der § 30 der Verfassung lautet: Kein Mitglied des Reichstags darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes getauenen Äußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder sonst außerhalb der Versammlung zur Verantwortung gezogen werden. Von der Verweigerung der Zeugnispflicht sagt der § nicht. Herr Erzberger hätte also, wäre er bei seiner Weigerung geblieben, in eine Geldstrafe bis zu 300 M. und zur Erzwingung des Zeugnisses in Haft bis zu sechs Monaten genommen werden können, jedoch nicht über die Dauer des Verfahrens und der Inhaftung hinaus. Aus der Haft wäre Herr Erzberger aber schon am ersten ordentlichen Sitzungstage des Reichstags entlassen worden, da dieser dann sofort von der ihm durch den § 31 der Verfassung gewährten Befugnis Gebrauch gemacht hätte: Auf Verlangen des Reichstags wird jedes Strafverfahren gegen ein Mitglied desselben und jede Untersuchungs- und Haft für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben. So ist die Rechtslage, die einige befriedigt, andere entsetzt.)

In den „Grenzboten“, von denen man voransetzen darf, daß sie über die Absichten des Reichskanzlers informiert sind, wird über die nächste innerpolitische Zukunft folgendes ausgeführt: „In der Antwort auf ein Glückwunschschreiben des Zentralverbands deutscher Industrieller hat Herr Bälou zwei Punkte festgesetzt, die nach den leidenschaftlichen Auseinandersetzungen der Wahlzeit leicht verstanden werden konnten. Die erste Feststellung geht dahin, daß der vorläufig mit Erfolg beendete Kampf sich nicht einzig und allein gegen die Sozialdemokratie richtete.“ Es wird ausdrücklich auf die Zentrumspartei hingewiesen als Gegner der nationalen Parteien bei den Wahlen. „Es hieß den Geist der Nation verkennen, wenn man über dieses charakteristische Merkmal der jüngsten Wahlen hinwegsehen wollte.“ Das ist eine deutliche Aussage an das Zentrum, soweit sie zurzeit aus dem Munde des leitenden Staatsmannes nur irgend erwartet werden kann. So kann ein Reichskanzler nicht sprechen, der mit Hilfe eben dieses Zentrums die Liberalen an die Wand zu drücken beabsichtigt. Verstärkt wird dieser Eindruck durch die zweite Feststellung, daß die Niederlage der Sozialdemokratie nicht etwa eine Periode der sozialpolitischen Reaktion einleiten soll. Die Regierung will an der Abstellung sozialer Mißstände und der Milderung der wirtschaftlichen Gegensätze eifrig weiter arbeiten. Auch das ist eine Politik, die nicht gemacht werden kann, wenn die Absicht und die Neigung vorherrschen, eine reaktionäre Mehrheit zur Niederhaltung des Liberalismus zu gebrauchen. Alles deutet also darauf hin, daß die Regierung abgesehen von den nationalen Forderungen, für die künftig hoffentlich das Groß der Konserverativen und der Liberalen vereint eintreten wird, eine Richtlinie innezuhalten beabsichtigt, die die alten Gegensätze nicht unnötig in den Vordergrund bringt. Das würde eine Politik des maßvollen Liberalismus sein, die bei der gegenwärtigen Lage gewiß auch ein Teil der rechtsstehenden Parteien mitmachen würde. Und ob sich ihr das Zentrum schmolle und Rache brütend entgegen würde? Das wird man bezweifeln dürfen. Wenn erst die Tagung des neuen Reichstags begonnen hat, wird manches ein anderes Gesicht erhalten, als in den Aufregungen der Wahlzeit. Es heißt die Dinge sehr mechanisch und schematisch auffassen, wenn man jetzt durch Rechenexempel nachzuweisen versucht, daß die Regierung entweder auf eine Mehrheit verzichten oder eine vollständige Schantelpolitik treiben müsse. Es ist durchaus noch nicht gesagt, daß nicht ein Programm durchgeführt werden könnte, für das eine Mehrheit sehr wohl zu haben sein wird. Nicht jede Politik wird sich zu jeder Zeit auf solche Weise machen lassen.

Aber ein Programm der sozialpolitischen und wirtschaftlichen Beruhigung ist für die nächsten fünf Jahre in einem Reichstag von der Zusammensetzung des jüngst gewählten keineswegs aussichtslos. Inzwischen mögen sich die Parteien, die andere Wünsche haben, organisieren und tätig sein, damit sie nicht wieder durch den Gang der Ereignisse übererajcht werden, sondern kräftig und bereit sind, sich die Lage zu schaffen, die sie brauchen. Dann kann auch einmal der Zentrumsturm zusammenstürzen, was ohne ange strengte und hingehende Arbeit der nationalen Parteien schwerlich geschehen wird.“

Der deutsche Botschafter am englischen Hof, Graf Wolff-Meternich, der einer Einladung zu einem Bankett der Handelskammer von Newcastle Tyne folgte, hat dort eine mit Beifall aufgenommene Rede über die deutsch-englischen Beziehungen gehalten. Er dankte zunächst für die Einladung, die Metropole Nordenglands zu besuchen, und ebenso für den ihm als dem Vertreter eines großen Reichs bereitetem herzlichem Empfang, und fuhr dann fort, daß er es als ein gutes Zeichen betrachte, daß große Handels- und Industriezentren von Newcastle ihren festen Glauben an die Notwendigkeit freundschaftlicher Beziehungen zu ihren Stammverwandten jenseits der Nordsee bekundeten. Er erinnerte weiterhin an den Geist, von welchem die einflussreichen Versammlungen, die im letzten Sommer in den größten Städten Deutschlands stattfanden, durchweht gewesen seien, da überall der Wunsch nach guten Beziehungen zwischen beiden Ländern sich kundgab. Die wirtschaftliche Entwicklung zwischen beiden Ländern stehe der gegenseitigen Freundschaft nicht im Wege und an dem Tage werde viel gewonnen sein, an welchem die Lehre, daß Handelsverträge ein Hindernis für die freundschaftlichen Beziehungen sei, beseitigt werde. Die heutige Versammlung sei dem Grundsatze beigetreten, daß je größer der Wert eines Landes, desto mehr im Stande sei, einem anderen Lande von Nutzen zu sein. Der Grundsatz, daß Reichtum und Entwicklung in dem einen Gemeinwesen nicht das Mißgeschick des anderen bedeuteten, sei im Reiche des Gedankens und der Wissenschaft längst anerkannt und dürfe auch auf dem Gebiete der wirtschaftlichen Betätigung jederzeit Anerkennung finden.

Auf der in Aussicht genommenen Haager Friedenskonferenz soll auch neue das Verbot von Geschossen oder Explosivstoffen aus Luftfahrzeugen verboten werden. So wünschen es die Anhänger der Friedensbewegung. Es ist aber nicht anzunehmen, daß eine der Großmächte, die ihre Aufmerksamkeit der Motorluftschiffahrt zuwenden, einem solchen Antrag zustimmen wird. Im Jahre 1898 hat allerdings die Haager Friedenskonferenz folgenden Beschluß gefaßt: „Die vertragschließenden Mächte willigen für die Dauer von fünf Jahren ein, das Verbot von Geschossen oder Explosivstoffen aus Luftballonen oder durch analoge Mittel zu unterjagen.“ Nach Ablauf der fünf Jahre ist dieser Beschluß nicht mehr erneuert worden. Der Luftkrieg ist heute also erlaubt. Durch das Aufkommen des Motors in der Luft hat die Frage an Bedeutung gewonnen. Seit Ende vorigen Jahres besitzt die französische Kriegsmacht in der in Verdun stationierten „Patrie“, welche die französische Regierung den Gebrüder Lebaudy abgekauft hat, das erste Schlachtluftschiff. Im November und Dezember 1906 hat die „Patrie“ eine Reihe von Uebungsfahrten gemacht, bei denen Gegenstände im Gewicht von Granaten und Torpedos herabgeworfen wurden. Die „Patrie“ soll also nicht nur der Aufklärung, sondern auch dem Angriff dienen. Da der Motor der „Patrie“ tadellos arbeitet, und die Lenkbarkeit durch viele Fahrten öffentlich festgelegt ist, erweist sich diese Waffe als ein nicht zu unterschätzender Segner. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird Frankreich noch im Laufe des Jahres 1907 etwa 100 Stück dieses lenkbaren Motorluftschiffes herstellen lassen. Es erscheint also ganz ausgeschlossen, daß Frankreich einem Verbote des Luftkrieges zustimmt. Schon aus diesem Grunde ist es überaus unwahrscheinlich, daß England oder Deutschland anders handelt.

In Frankreich tritt die durch den Kirchenkampf geführte Beruhigung der Gemüter vielleicht erst mit dem Sturze des Ministerpräsidenten Clemenceau ein. Die erschütterte Stellung des Radikalschefs wird durch die Schilderungen, die seiner Vorlage über die Einführung der Einkommensteuer drohen, noch verschlechtert. Die Ansichten auf eine friedliche Beilegung des Kirchenstreites mehren sich dagegen. Der Kultusminister Briand hat großes Entgegenkommen bewiesen. Anfangs verhielt sich der Vatikan gleichwohl ablehnend. Da aber jetzt von hunderten und aber hunderten französischen Geistlichen Schreiben beim Papste eingingen, sie seien dem Hungertode preisgegeben, wenn es zu einem ewigwährenden Bruch mit der Regierung käme, so erscheint die Möglichkeit einer Einigung näher gerückt.

In Rußland sind neue Unterschleifen an staatlichen Geldern entdeckt worden. Für die Versorgung Port Arthur mit Lebensmitteln während des Krieges waren 30 Millionen Rubel angeworfen. Das Geld ist verbraucht, jedoch liegen noch nicht für die Verwendung des zehnten Teils der Summe glaubhafte Belege vor. Ferner werden 7500 beladene Güterwagen, die während des Krieges abgingen, bis zur Stunde vergeblich gesucht. Sie sind einfach unauflindbar. Da hat die neue radikale Duma reichlich Stoff zu Angriffen auf die Regierung, bis sie der — Auflösung verfällt.

### Württembergischer Landtag.

Zweite Kammer.

Stuttgart, 16. Februar.

Die zweite Kammer hat heute mit einer kurzen Debatte den auf eine Änderung der Geschäftsordnung abzielenden Antrag Gröber zur weiteren Behandlung an die Kommission verwiesen. Daran wurde in einer nahezu vierstündigen interessanten Redeschlacht die Generaldebatte über den Etat fortgesetzt. Die Erörterungen drehten sich übrigens weniger um den Etat selbst, als um die durch die letzten Landtagswahlen geschaffene politische Lage und um einige im Vordergrund des Interesses stehende politische Tagesfragen. Als erster Redner nahm der Minister des Reichs- und Schulwesens v. Fleischhauer das Wort, um die Ausführungen des Abg. Keil, daß der Kultetat hauptsächlich auf die bestehenden Klassen zugeschnitten sei, zu entkräften mit dem Hinweis, daß mehr als drei Fünftel der Mehrforderungen des neuen Kultetats auf den Elementarunterricht entfallen und ein ganz erheblicher Teil des Restes auf Kliniken und sonstige wissenschaftliche Institute, welche, soweit sie nicht etwa allgemeinen kulturellen Interesse überhaupt dienen, allen Schichten der Bevölkerung zugute kommen. Dann wiederholte der Minister die früher schon vom Regierungsbüro gefallene Aeußerung, daß die neue Volksschulnovelle nicht hinter die Vorlage von 1902 zurückgehen werde; ein Grund dafür liege um so weniger vor, als die Regierung bei der jetzigen Zusammenlegung der Städte eine solche Zurückhaltung nicht mehr beobachten müsse, wie damals. Ihr Hauptaugenmerk müsse die Regierung übrigens unter den gegenwärtigen Verhältnissen auf die Beseitigung des eines Kulturstaats unwürdigen Lehrermangels richten, und es werde in dieser Hinsicht gegenwärtig im Kultministerium eine Nachtragsforderung vorbereitet. Die Uebernahme der Schullasten, auch der persönlichen, auf den Staat lehnte der Minister als eine „radikale Maßregel“, die einen Mehraufwand von mindestens 5 Millionen Mark erfordern würde, für jetzt und für absehbare Zeit ab, wobei er u. a. auch darauf hinwies, daß durch die neue Steuerreform die ursprünglich erhoffte Wirkung einer solchen Aenderung erheblich verschoben worden sei.

Mit einer längeren Rede setzte hierauf der zweite Etatsredner der Sozialdemokratie, Hildenbrand, ein. Während die Ausführungen des Abg. Keil die Haltung der Sozialdemokratie gegenüber den anderen Parteien und gegenüber der Regierung kennzeichnen sollte, war die Rede Hildenbrands vorwiegend polemischer Natur. Er meinte, die gegenwärtige Gesetzgebung stelle eine ungerechtfertigte Bevorzugung des flachen Landes gegenüber der Stadt dar. Die Keil, bemängelte jedoch auch Hildenbrand, daß der Staat den Vorortverkehr um Stuttgart aus der Hand gegeben habe oder geben wolle. Beim Bau von Nebenbahnen gewinne man manchmal den Eindruck, als ob die politische Stimmung der betreffenden Abgeordneten und auch der petitionierenden Bezirke und Gemeinden eine unschlaggebende Rolle spielen, wie sich beispielsweise bei der Schönbuchbahn und bei Maulbronn gezeigt habe; auch scheine es, als ob die Eisenbahnerverwaltung seitens der Deutschen Partei als ein Art von Nebenwahlbarreau betrachtet werde. Wenn bei den zu erwartenden Kämpfen um die Simultanschule der Liberalismus verlage so könne dies der Sozialdemokratie nur angenehm sein. Mit seinen weiteren Behauptungen, daß die höhere Getreidezölle nur für den kleineren Teil der Landwirte von Vorteil seien, stieß der Redner bei der Rechten auf energischen Widerspruch; manchmal quittierte die letztere auch mit einem demonstrativ-ironischen Beifall. In scharfer Weise wandte sich Hildenbrand auch gegen den Fastenhirtenbrief des Bischofs v. Reppeler; die Behauptung, daß die Bestrebungen der Sozialdemokratie auf Zug und Trug aufgebaut seien, empfinde die letztere als eine Beleidigung, die entschieden zurückgewiesen werden müsse. Zum Schluß beschäftigte sich der Redner noch in einer scharfen Polemik mit dem Abg. Schrempf, wozu dieser durch Zwischenrufe Anlaß gegeben hatte.

Finanzminister v. Jeyer wandte sich gegen eine vom Abg. Hildenbrand gemachte Andeutung, daß sämtliche höhere Beamte des Finanzministeriums und Steuerkollegiums für die durch die Steuerreform bedingten Mehrleistungen außerordentliche Zulagen, zum Teil bis zu 1000 M., erhalten hätten; der Minister gab zu, daß solche Remunerationen an einige, durch die Arbeiten für die Steuerreform zum Teil während eines Zeitraums von 3—5 Jahren außerordentlich in Anspruch genommene Beamte gewährt worden seien, aber angesichts der vorliegenden besonderen Verhältnisse als billig und gerecht erscheinen.

Gegen den Schluß der Sitzung kam als zweiter Etatsredner der Volkspartei noch der Abg. Hauptmann-Balingen zum Wort. Er betonte zunächst, daß für eine Betriebsmittelgemeinschaft im gegenwärtigen Landtag eine Mehrheit vorhanden sei, für weitergehende Engagement aber nicht. Der Umstand, daß die Konserverativen auch bei den letzten Landtagswahlen wieder nur mit Hilfe der Interessengruppe des Bauernbundes Unterschlupf gefunden haben, müsse auch die Regierung davon überzeugen, wie schwach das konservative Element zur Zeit in Württemberg sei; ob und wie stark dasselbe innerhalb des Zentrums vertreten sei, könne man nicht sagen, weil alle Farben des Regenbogens sich im Zentrum unter dem Schatten der Soutane angeschlossen. Daß die Sozialdemokratie auf dem Boden des Klassenkampfes stehe, könne von ihr selbst nicht bestritten werden. Bedauerlich sei, daß die Regierung in der Schulreform die nötige Entschiedenheit vermissen und daß sie sich an Liberalismus



Jogar noch von der evangelischen Landessynode übertreffen lasse. Da für eine entschiedene fortschrittliche Schulpolitik eine Mehrheit im Landtag nicht vorhanden und die Deutsche Partei für dieselbe voranschreitend nicht zu haben sei, so könne der neue Landtag auf diesem Gebiet leicht zu einem „unentschiedenen Landtag“ werden. Wie auf anderen Gebieten, so zeige sich auch hier, wie schwer es in Württemberg halte, einen Fortschritt zustande zu bringen; dies lehre gerade namentlich auch für den Bahnhofs- und den Theaterbau. In scharfer Weise wandte sich der Redner zum Schluß noch gegen die von Preußen beabsichtigte Einführung von Schiffahrt abgaben auf dem Rhein worauf Minister des Innern Dr. v. Bischoff erwiderte, daß die württembergische Regierung in der rechtlichen Seite der Frage von jeher auf dem Standpunkt gestanden sei, daß die Erhebung von Schiffahrt abgaben mit dem Art. 54 der Reichsverfassung unvereinbar wäre; ob Württemberg mit dieser Auffassung auch im Bundesrat durchbringen werde, sei allerdings eine andere Frage.

Am Dienstag nachmittag werden die Beratungen fortgesetzt werden.

### Landesnachrichten.

\* **Marlinsmoos**, 18. Febr. Samstag vormittag brannte hier das Haus des Tagelöhners Rothfuß vollständig nieder. Der Brand soll durch das Kamin entstanden sein.

\* **Kreuzenstadt**, 17. Febr. (Korr.) Heute früh 6 Uhr zeigten sich die Strohen und Gassen des oberen Stadtteils auffallend erhellte und die Vermutung, daß ein Brand ausgebrochen sei, sollte sich auch alsbald bestätigen. Aus der im Christophthal beim „Waldwirt“ gelegenen Sägmühle der Gebr. Graf stiegen die Feuergarben lodend empor. Bis die Feuerwehr zur Stelle war, konnte an eine Rettung des Sägewerks nicht mehr gedacht werden. Windstille war die glückliche Ursache, daß ein Umschlagreifen des Feuers auf die Nachbarhäuser nicht zu befürchten war. Brandstiftung wird vermutet. — Der heutige Sonntag war ein freier Tag erster Ordnung. Den ganzen Tag hatten wir in den oberen Lagen Sturm und leichtes Schneegestöber und im Tal Regen und Schnee untereinander. Die restigen Schneemassen innerhalb der Stadt und an den gebahnten Straßen wollen trotz der sonnigen Tage der letzten Woche bis jetzt nicht weichen. Da noch schon ein tüchtiger Regen dem Wintergäste ordentlich zu Leibe rücken.

\* **Serrenberg**, 15. Febr. In der vergangenen Nacht hat sich ein nur mit einem Hemd bekleideter geisteschwacher Mann in Unterziefingen von zu Hause entfernt. Unweit

des Orts wurde er heute morgen in einem Ader erfroren aufgefunden.

\* **Fershtedenes**. Ein an einer Hochzeitsfeier in Oberndorf Oberamts Herrenberg, beteiligter Bräutigam wurde kürzlich von einigen Burschen dermaßen zugerichtet, daß er einige Zeit in Lebensgefahr schwebte. — Der in Calw verunglückte Hilfsarbeiter Marquardt ist Samstag Nacht seinen Verletzungen erlegen. — In Schnaitheim O.A. Heidenheim brannte das Wohnhaus mit Schener des Milchhändlers Thamm sowie das Wohnhaus des Fabrikarbeiters Liebert ab. Entstehungsurache bis jetzt unbekannt. — Auf dem Bahnhof in Crailsheim geriet der Güterbodenarbeiter Scherer von Zugszug so unglücklich unter eine Maschine, daß ihm beide Füße abgefahren und der Brustkorb eingedrückt wurde. Der Verunglückte, der verheiratet und Vater von 3 Kindern ist, fand im Bezirkskrankenhaus Aufnahme.

\* **Aus dem Allgäu**, 15. Febr. Die ungeheuren Schneemassen, die gegenwärtig im Oberland lagern, werden wohl am besten illustriert durch die Tatsache, daß, um den Gemeinweg innerhalb der Dittschaff Oberstaufen frei zu machen, ein förmlicher Tunnel von 1,3 Meter Höhe und 1,4 Meter Breite gegraben werden mußte.

### Ausländisches.

\* **Wien**, 16. Febr. Prinzessin Elementine von Coburg ist heute vormittag gestorben. Die Prinzessin stand im 90. Lebensjahr. Geboren am 3. Juni 1817 als Tochter des nachmaligen „Bürgerkönigs“ Louis Philipp von Frankreich vermählte sie sich 1843 mit dem Prinzen August von Sachsen-Coburg-Gotha, der 1881 starb. Sie ist bekanntlich die Mutter des Fürsten Ferdinand von Bulgarien.

\* **Belgrad**, 17. Febr. Leutnant Miloslawewitsch stellte den Redakteur Marinkowitsch, der ihm wegen eines beleidigenden Artikels die Satisfaktion verweigert hatte, auf offener Straße zu Rede. Der liberale Abgeordnete Georgewitsch mischte sich in den Streit und schlug den Leutnant über den Kopf, worauf dieser ihn am Kopfe mit dem Säbel verwundete und den Redakteur mit der Reitpeitsche traktierte.

\* **Tanger**, 16. Febr. Infolge der Unterwerfung der Beal-Idder soll sich der Kriegsminister Gebbas entschlossen haben, die Operationen gegen Raisuli wieder aufzunehmen.

\* **Sandyhook**, 16. Febr. Auf dem Dampfer der Hamburg-Amerika-Linie „Bolivia“, der von Westindien kam, ereignete sich am 13. ds. Mts. auf hoher See eine Hilfslesterexplosion, bei der 7 Personen getötet und 3 verletzt wurden.

### Großes Eisenbahnunglück in Amerika.

|| **New-York**, 17. Febr. (Telegr.) Ein mit Vorstadt-Bewohnern, welche auf der Heimfahrt begriffen waren, dicht besetzter elektrischer Vorortzug des Bezirks Harlem der New-Yorker Zentralfahrbahn entgleiste gestern abend 6 1/2 Uhr an der Kreuzung der 205. Straße und der Webster-Avenue. Die Wagen stürzten den Bahndamm hinunter und fingen Feuer. 20 Personen wurden getötet und 50 verletzt. Die Nachricht verbreitete in der Stadt einen unbeschreiblichen Schrecken. Scharen von Bewohnern der Vorstadt, nach welcher der Zug bestimmt war, strömten an der Unglücksstätte zusammen, um über ihre Angehörigen Erkundigungen einzuziehen. Bis jetzt ist es unmöglich, Namen von Verunglückten festzustellen. Alle verfügbaren Ärzte wurden aus den Hospitälern und Lazaretten aufgeboten.

|| **New-York**, 17. Febr. Ueber das Eisenbahnunglück, das an der Kreuzung der 205. Straße und der Webster-Avenue stattfand, wird noch gemeldet, daß die Ursache in übermäßiger Fahrgeschwindigkeit bei einer Kurve liege. Die 4 letzten Wagen, in denen sich etwa 150 Fahrgäste befanden, stürzten um und wurden noch etwa 300 m weit mitgeschleppt und zertrümmert. Viele Leichnamen wurden so zertrümmert und zerschmettert, daß eine Rekonstruktion unmöglich ist. Die Leichnamen eilte herbei und begann die Leichen zu berauben, wurde jedoch von der Polizei verjagt. Die Dunkelheit und ebenso die durch die mit Elektrizität geladenen Schienen drohende Gefahr verzögerten die Berichte zur Bergung der Opfer erheblich.

\* **Magold**, 15. Febr. Holzpreise vom letzten Verkauf im Stadtwald: tannenes Brennholz 11 Mk. 60 Pfg., Werkholz 14 Mk. 60 Pfg.; für das Stammholz wurden 184% des Revolverpreises erzielt.

\* **Freudenstadt**, 13. Februar. Der dieser Tage abgeschaltete Radelholzkammholzaufkauf aus den Staatswäldungen des Forstamts Klosterreichenbach ergab für 3700 Festm. Langholz, normal und Aufschlag, eine Gesamtsumme von 86 615,20 Mk. bei einem Aufschlag von 70 167,22 Mk. Der Durchschnittserlös beträgt demnach 12% pSt. der Forsttaxe.

\* **Serrenberg**, 12. Febr. Auf dem heutigen Viehmarkt waren zugeführt: 60 Ochsen, 162 Kühe und Kalbinnen und 189 St. Jungvieh, gegen den letzten Markt weniger an Ochsen 96 St., an Kühen und Kalbinnen 50 Stück und an Jungvieh 117 Stück. — Auf dem Schweinemarkt waren zugeführt: 480 Milchschweine, 270 Känferschweine. Der Verkauf ging auf beiden Märkten gut. Preise gegen letzten Markt gleichbleibend.

\* **Altdingen**, 15. Februar. Fruchtmarkte. Dinkel neu 3614 Kilo um 14,20, 18,97, 13,40, Summe 508,11 — Pfg. ab, Haber neu 2178 Kilo um 18,—, 17,96, 17,60, Summe 890,94 Mk., auf 38 Pfg. Gerste 151 Kilo um 18,80, 18,71, 18,60, Summe 28,26 Mk., 31 Pfg. auf.

\* **Altdingen**, 15. Febr. Schweinemarkt. Känferschweine zugeführt 19, verkauft 11, Preis per Stück 21—28 Mk., Milchschweine zugeführt 111, verkauft 100, Preis per Stück 12 bis 18 Mk.

Verantwortlicher Redakteur: Ludwig Kauf, Altdingen.

**Gewerbeverein Altdingen.**  
Am nächsten Mittwoch, den 20. ds. Mts.  
abends 7 Uhr  
beginnt ein  
**Buchführungskurs**  
verbunden mit Kalkulation und Wechsellehre.  
Anmeldungen können gemacht werden bei H. Lehrer Böhmer hier.  
Der Vorstand.

Altdingen.  
Nächsten Mittwoch (Markt)  
**Nebelsuppe**  
wozu freundlich einladet  
Fr. Lenk, J. Kronprinzen.

**Achtfranc** mit der Kaffeemühle,  
mit peinlichster Sorgfalt rein und trocken fabriziert, ist appetitlicher und wegen seines vollen, reellen Nussgewichts billiger, als die durch Wasser und Dampf künstlich schwer gemachte, sogenannte gewöhnliche Eschorien. Er ist dieser also weit überlegen! **Sparsame Hausfrau!**

**Acht Franc** mit der Kaffeemühle  
ist und bleibt der beste Kaffeezusatz!

Altdingen.  
Am Dienstag, den 19. Februar  
treffen wir mit einem Transport sehr starker  
**Bayerschweine**  
im Hirsch hier ein wozu Liebhaber freundlichst einladet  
Adam Singensfelder Niederluisstadt  
Verkäufer Knopp.  
Zahlbar bis Martini.

Altdingen.  
Auf  
komm. Markt  
bringe ich mein Lager  
in  
**Korbwaren**  
In empfehlende Erinnerung u. offeriere bei großer schöner Auswahl sehr billig  
Waschkörbe oval u. viereckig  
Butterkörbe braun  
Strickkörbe  
Nähkörbe mit u. ohne Deckel  
Wandkörbe  
franz. Marktkörbe  
schwed. Spahlkörbe  
Umhängtäschchen  
Papierkörbe  
Reisekörbe  
Waschversandtkörbe  
Armkörbe mit 1 u. 2 Deckel  
mit Emailleinsatz  
Aluminium  
Handkörbchen  
in Stroh, Eichen, Palm und Weiden  
in verschiedenen Größen und den neuesten Fassonen  
außerdem  
Körbe für Landw. Bedarf  
Mehgerkörbe  
Bäckerkörbe  
ferner  
Möbelklopper  
Für Vorlagen  
Fuß-Unterlagen  
C. W. Luz Nachf.  
Fritz Bühler jr.

**Korbmöbel**  
aller Art  
werden auf Wunsch zu Original-Fabrikpreisen prompt geliefert und empfehle den Spezial-Katalog hierfür zur gest. Bedienung.  
Obiger.

Altdingen.  
la. **Malzkeime**  
„ **Zorfmelasse**  
„ **Kraftfuttermelasse**  
„ **Blutmelasse**  
„ **Leinmehl**  
„ **Mohnmehl**  
„ **Fleischfuttermehl**  
„ **Phosphorsäuren Kalk**  
„ **M. Brockmanns Futterkalk**  
Markte A und B  
„ **Salzledrollen**  
„ **Schweinemastpulver**  
in Paketen in stets frischer und höchstprozentiger Qualität billigst bei  
**G. Schneider**  
Baumaterialien-Geschäft.  
Altdingen.  
„ **Selbstgemachte Eier**  
„ **Eier und Eierschalen**  
sowie **Griesmehl**  
empfehlen bestenfalls  
Karl Steeb, Bäcker.

**Malzkeime**  
solange Vorrat zum Preis von 5 Mk. 90 Pfg. per Ztr.  
in Dorfstetten und Pfalzgrafenweiler  
bei  
**Carl Reichert, Mehlhandlung.**

Altdingen.  
Nächsten Mittwoch (Markttag)  
treffe ich mit einem Transport schöner  
**Bayerschweine**  
im Hirsch hier ein wozu Liebhaber freundlichst einladet  
Heinrich Ott Niederluisstadt  
Verkäufer Rente.

**Käse-Abschlag!**  
la. **Allgäuer Limburgerkäse**  
in Kästen von 30—50 Pfd.  
à 34, 36, 38 Pfg.  
bei 10 Pfd. Abnahme je 2 Pfg. höher  
ist reifen Stangenkäse  
Markte „Don dem“  
empfehlen  
Chr. Burghard jr.  
Altdingen.  
Fdr. Flaig, Conditior.

Altdingen.  
**Totenkränze**  
**Totenbouquets**  
**Sterbekleider**  
**Sterbekissen**  
**Schleifen,**  
**Schleier, Armflor**  
**Hutflor**  
empfehlen billigst  
Fr. Adrion Wte.



# C. W. Lutz Nachfolger

Fritz Bühler jr.

Altensteig

empfehlen zu billigsten Preisen

Neufrische Sendungen

feinste Salz-Heringe (nur Milchner) Bismarckheringe russ. Sardinen Oelfardinen.

feinst Limburger, Schweizer und Emmenthaler Käse in mehreren Qualitäten

gemischte Marmelade Zwetschgen Breiselbeeren Essiggurken

- la. Speisewiebel
- „ Johannisbrot
- „ Ananasfeigen
- „ Zwetschgen getr.
- „ Apfelsinen
- „ Birnen
- „ Äpfel
- „ Orangen
- „ Zitronen
- „ frische Eier

Altensteig. la. Thomasmehl „ Kainit „ Knochenmehl „ Düngerkalk „ Feldergips „ Torfstreu „ Torfmull unter Garantie billigst bei G. Schneider Baumaterialien-Geschäft.

Zur Bienensütterung! Candis, st. Dextel „ „ weiß „ „ gelb Kristallzucker

Dungsalt Viehsalt Koehsalt Tafelsalt

Hülsenfrüchte Suppen-Einlagen Teigwaren aller Art in vorzüglichen Qualitäten

Feinst Tafelsenf in Gläsern, Eimern etc.

Kaffee Thee Cacao

Waghäusler und Böblinger Zucker alle Sorten.

Altensteig. 1 oder 2 freundl. Zimmer an einzelstehende Person oder kleine Familie sofort zu vermieten. Zu erfragen bei der Red. d. Bl.

5000 Mark sind auf 1. Mai gegen gesetzliche Sicherheit auszuleihen. Wo? — sagt die Red. d. Bl.

## Altensteig. Eine Wohnung

mit 4 oder 5 Zimmern, Küche, Badzimmer und Zubehör, sowie eine Mansarden-Wohnung mit 3 oder 4 Zimmern, und Zubehör, sowie eine

Barterre-Wohnung mit 2 Zimmern, Küche und Zubehör hat auf 1. April zu vermieten

G. Schneider Baumaterialien-Geschäft.

## Altensteig. Eine Wohnung

mit 3 großen Zimmern, Küche und Zubehör, sowie eine

Wohnung bestehend aus 2 ineinandergelassenen Mansarden-Zimmern für 1 oder 2 Personen hat sofort oder später zu vermieten. Wo? — sagt die Red. d. Bl.

## Altensteig. Ein hübsch möbliertes Zimmer

hat an einen oder 2 Herren sofort oder später zu vermieten. Wo? — sagt die Red. d. Bl.

Walldorf. Ein Quantum

## Heu und Stroh

hat zu verkaufen Morhard.

## Dienstmädchen-Gesuch.

Ein jüngeres Mädchen auf 1. März oder 1. April in kleinerer Familie für tagelänger gesucht. Näheres zu erfragen in der Redaktion d. Bl.

## Umgehend

erbitte mir noch 2 Dosen Ihrer Delicia-Kaffeebohnen, dieselben haben sich bei mir großartig bewährt. Gr. Lichterfelde, 27. 1. 01. W. S. Handtieren unschädlich! Dose 0,50, 1.— u. 1,50 Mk. Niederlage in der Apotheke in Altensteig.

## Altensteig. Feinst alten Malaga Cherry

(spanischen Wein) empfiehlt offen und in Flaschen Fr. Flaig, Konditor.

## Gramophone und Musikwerke



Georg Faust Elektrotechniker Altensteig.

## Pfalzgrafenweiler. la. Schlander-honig

bei Fr. Jung.

## ! Husten !

Wer diesen nicht beachtet, ver-sündigt sich am eigenen Leibe!

Kaiser's Brust-Caramellen feinstschmeckendes Malaga-Extrakt. Keryllisch erprobt u. empfohlen gegen Husten, Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung u. Rachentatarrh. 5120 not. begl. Zeugnisse beweisen, daß sie halten, was sie versprechen. Paket 25, Dose 50 Pfg.

Kaiser's Brust-Extrakt Flasche Mk. 1.—, beides zu haben bei Fr. Flaig, Altensteig.

## Rheumatis-

u. Sicht-Leidenden teile ich aus Dankbarkeit umsonst mit, was meiner Mutter von jahrelangen qualvollen Nervenleiden geholfen hat. Marie Grünauer München, Pilgerstraße 2/II.

## Es gibt kein besseres Hausmittel

gegen jeden Husten

Heiserkeit, Katarrh, Verschleimung, Influenza oder Krampfhusten etc. als allein echte Sphingocid

Carl Nill's Brustbonbons

Nur echt in Paketen à 10 und 20 Stk mit dem Namen Carl Nill zu haben in Altensteig bei C. W. Lutz in Eichenhausen bei Th. Hall in Simmershof bei J. A. Braun und Ernst Schach.

## Altensteig. Große Auswahl Gebet-

Bücher und Gesangbücher

empfehlen die W. Nierliche Buchhandlung L. Lauf.

## Asthma (Atemnot)

durch die so lästigen Bronchialkatarrhe verursacht, sowie quälender Husten finden schnelle und sichere Linderung beim Gebrauch von Dr. Lindenmeier's Salus-Bonbons. In Schachteln à 1 Mk. bei Coub. C. Schumacher's Witw.

Notiztafel. Der Simmershofener Markt ist am Mittwoch, den 13. März 1907 und nicht wie im Kalender angegeben ist, am 18. März.

Fruchtpreise. Altensteig. Schrammgettel vom 13. Februar. Neuer Dinkel . . . . . 7 70 — — Haber neuer . . . . . 8 80 — — Gerste . . . . . 10 — 9 60 9 50 Roggen . . . . . 10 — — Weizen . . . . . 9 — —

Wirtlichkeitspreise: 1/2 Kg. Butter . . . . . 90 Pfg. 2 Eier . . . . . 15 Pfg.

Familiennachrichten. Verlobte: Emma Sieber von Besigheim mit Theodor Gaus von Ragold. Sophie Maier von Merklingen mit Karl Gaus von Weilerstadt. Gestorbene: Calw: Katharine Klopfer. Neuenbürg: Wilhelm Seeger, Schlosser. Waiblingen D. M. Herz: Schultze's Resten. Tübingen: Viktor Hoch, Kaufmann.

## Reinhold Hayer, Altensteig

Eingang von Neuheiten für Frühjahr und Sommer einfarbige & Mode-Stoffe

Blousen-Stoffe

## Schwarze Kleiderstoffe

Alpaccas & Mohaires

Besonders empfehlenswert für Konfirmanden 1 Posten reinwollene Cheviot à Mk. 1.10 1.30 1.60 2.—

1 Posten Crêpe à Mk. 1.25 1.55 1.70 1.80.

